

Kommentar

Nicht ausgeschüttet

Von Gerold Hammes

Das vielleicht Positive vorneweg: Das „Bühler Kind“ ist bei der Informationsveranstaltung in einer stickigen Kappelwindecker Turnhalle nicht in den Brunnen gefallen. Und: Das Leben geht weiter, auch wenn es in Bühl nicht mehr das Licht der Welt erblickt. Auch nicht ganz unwichtig: Der soziale Frieden in der Region, das höchste Gut einer Bürgergesellschaft, ist bei aller Emotionalität, wie sie bei der Schließung einer Geburtsstation zwangsläufig aufkommt, nicht in Gefahr. Eine engagierte, kontroverse Diskussion ist das Thema allemal wert. Ein Kreisfall ist schließlich keine Maschinenfabrik, auch wenn es – so makaber es klingt – am Ende immer auch um „Produktivität“ und „Stückzahlen“ geht. Gleichwohl: Es gab auch Ungeschicklichkeiten. Angefangen von der ursprünglichen Terminierung der Infoveranstaltung nicht vor, sondern erst zwei Tage nach dem Kreistagsentscheid. Das ist so ziemlich das Gegenteil von Bürgerbeteiligung und einer Politik des Gehörtwerdens: Am Ende hat das Klinikum Mittelbaden gerade noch die Kurve gekriegt. Ebenfalls kein Lehrbeispiel für angewandte Politdiplomatie, sondern ein Affront: die öffentliche Ankündigung der Kreistagsfraktionen von CDU und FW, dem Vorschlag auf Zusammenlegung zu einem gemeinsamen familienfreundlichen Geburtszentrum folgen zu wollen – und das bereits zehn Tage vor der entscheidenden Sitzung. Das hat ein G'schmäckle von voraus-eilemendem Gehorsam und/oder Absprache. Zudem: Die Reihen in beiden Fraktionen sind längst nicht so geschlossen, wie man glauben machen möchte. Der frühere Bühler OB Hans Striebel, ein Christdemokrat, nennt dieses Vorpreschen ohne erkennbare Not „beschämend“. Schließlich: Auch alternativlos kann die Schließung nicht bezeichnet werden. Alternativlos in diesem Leben ist einzig der Tod. Und doch bleibt als positives Fazit nach einer Kundgebung, Petitionen und Leserbriefen festzuhalten: Die Bürger und mit ihnen die Hebammen entlang der sogenannten Südschiene identifizieren sich mit „ihrem“ Bühler Krankenhaus. Ein klares Bekenntnis für die Region, für die Heimat und eine wohnortnahe medizinische Versorgung, auch wenn es in der Vergangenheit mehr Bühlerinnen hätten sein dürfen, die hier entbinden. Das Aktionsbündnis „s'Bühler Kind“ hat beispielhaft demonstriert, wie „Demokratie von unten“ kreativ und zivilisiert funktioniert. Sie hat zum Nachdenken angeregt, auch was die Sicherung und Weiterentwicklung des Bühler Standorts betrifft. Die Fachabteilung Wutbürger braucht es nicht. Den Chefoperateuren, allen voran Geschäftsführer Jürgen Jung und Landrat Jürgen Bäuerle, darf man guten Gewissens attestieren, alles unternommen zu haben, um die Wöchnerinnenstation der Bühler Klinik langfristig zu erhalten. Betriebswirtschaftliche Zwänge, aber auch fast schon absurd anmutende Sicherheitsvorschriften einer Rechtsschutz- und Vollkasko-Mentalitätsgesellschaft lassen am Ende wohl keine andere Entscheidung zu. Das Skalpell haben im Endeffekt andere geführt. Die Ärzte, aber auch die politisch Handelnden können und wollen am Ende das Risiko nicht mehr tragen. „s'Bühler Kind“ ist deshalb aber nicht mit dem Bade ausgeschüttet worden.



Klinikum-Chef Jürgen Jung erläutert das Konzept einer Zusammenlegung der Kliniken Baden-Baden und Bühl. Fotos: Margull

„Müssen uns mächtig anstrengen“

Projektgruppe des Klinikums Mittelbaden erarbeitet Perspektiven für die Bühler Klinik

Von Gerold Hammes und Joachim Eiermann

Bühl – Die Bühler Klinik soll ihre Geburtsstation zum Jahreswechsel verlieren, ansonsten aber betriebswirtschaftlich stabilisiert und weiterentwickelt werden. Mit dieser Kernbotschaft schloss Landrat Jürgen Bäuerle, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender des Klinikums Mittelbaden, eine zweieinhalbstündige Informationsveranstaltung am Dienstagabend in der Bachschlosshalle Kappelwindeck.

Was die geplante Schließung des Bühler Kreißsaals angeht, sei diese auch unter den ständig wachsenden Sicherheitsvorschriften unvermeidbar: „Mutter und Kind müssen die maximale Sicherheit haben.“ Die finale Entscheidung fällt der Rastatter Kreistag in öffentlicher Sitzung am kommenden Dienstag (Beginn 15 Uhr).

Bäuerle konnte in seinem Schluss-Statement noch ein pekuniäres Präsent präsentieren. In diesem und im kommenden Haushaltsjahr werden die beiden Gesellschafter des Klinikums Mittelbaden, der Landkreis Rastatt und der Stadtkreis Baden-Baden, zur Stärkung des Eigenkapitals insgesamt 5,7 Millionen Euro zusätzlich lockermachen, um auch künftig in der Fläche medizinische Leistungen vorhalten zu können. 60 Prozent dieser Summe stellt der Landkreis bereit. Bäuerle machte keinen

Hehl daraus, dass es auch in den kommenden Jahren enorm struktureller Optimierungsbedarf: „Wir müssen uns mächtig anstrengen, um unsere vier Standorte Baden-Baden, Rastatt, Bühl und Forbach zu halten. Der Weg ist noch nicht zu Ende, er geht weiter.“

In diesem Zusammenhang waren Ausführungen von Marc Bienze am Publikums-Mikrofon interessant. Der Oberarzt in der zentralen Notaufnahme der Klinik Baden-Baden ist zugleich Leiter einer Projektgruppe, die sich mit der Weiterentwicklung der Bühler Klinik befasst. Er ließ durchblicken, dass in Bühl künftig vermehrt „planbare Eingriffe ohne bösartigen Krankheitsuntergrund“ durchgeführt werden sollen. Auch „orthopädische Pakete“ könnten nach Bühl

verlagert werden. Und, ganz neu: Auch an den Aufbau einer Sporttraumatologie ist gedacht. Sechsmal habe die Projektgruppe bereits getagt; ihre Aufgabe lautet: „Perspektiven für die Bühler Klinik zu schaffen.“ Auch für Klinikum-Geschäftsführer Jürgen Jung ist die Standortunsicherheit der Klinik Bühl ein Anliegen. Dass dieses Ziel ernsthaft verfolgt werde, würde mit der Beibehaltung der Notfallaufnahme und der Intensivabteilung dokumentiert. Allerdings verwies er auch auf eine Statistik, wonach in Bühl seit 2009 rund 13 Prozent weniger Patienten behandelt würden. Die Auslastungsquote liege bei 55 bis 60 Prozent, benötigt würden aber 82 Prozent. Und er präsentierte eine weitere Zahl, wonach nur 52 Prozent der Patienten

aus Bühl oder dem direkten Einzugsgebiet kämen.

Prof. Dr. Hans-Ulrich Ulmer (Frauenklinik Baden-Baden/Bühl) berichtete von 2 200 Geburten in Mittelbaden, rund 400 davon entfallen auf Bühl. Im Februar, rechnete er vor, habe es an zehn Tagen nicht eine einzige Entbindung gegeben, im Februar in 14 Tagen gerade mal eine. Nur 69 Prozent der Bühler Frauen würden ihr Kind auch in Bühl auf die Welt bringen. Die Folge: Viele Ärzte hätten kein Interesse, in solch kleinen Einheiten – angesichts mangelnder Auslastung und fehlender Fortbildungsmöglichkeiten – ihren Dienst anzutreten. Ohnehin gebe es einen eklatanten Ärztemangel. Seine Schlussfolgerung war knapp wie ermüdet: „Kleinere Kliniken werden sich nicht halten können.“

Zuvor hatte Martin Gscheidle-Münch, Geschäftsführer der baden-württembergischen Krankenhausgesellschaft, aufgezeigt, dass vergleichbare Diskussionen wie in Bühl im gesamten Land geführt werden. Er blendete eine Karte mit geschlossenen Geburtshilfeabteilungen von Bad Friedrichshall bis Rheinfelden ein. Er hielt es für sehr wahrscheinlich, dass in einer Qualitätsoffensive der Politik die Mindeststandards für Geburtskliniken bald weiter angehoben werden. „Es wird sicher dazu kommen, dass bei einem Kaiserschnitt ein Kinderarzt präsent sein muss“, sagte Dr. Ulmer.

Spruchreif

„Wenn was passiert, kommen der Staatsanwalt und die Gutachter.“

(Landrat Jürgen Bäuerle)

„Die Diskussion sollte man so

lange führen, wie sie gewollt ist.“

(Ein Bürger zur Moderatorin Anke Hlauschka, die vorzeitig die Fragerunde beenden wollte)

Geburtshilfe bei Unterbesetzung vorübergehend geschlossen

Kontroverse Diskussion um die Zukunft des Bühler Krankenhauses und die gesetzlichen Rahmenbedingungen

Bühl (jo) – Nahezu anderthalb Stunden erstreckte sich die Diskussion zur Neustrukturierung des Bühler Krankenhauses. Die Vertreter des Klinikums Mittelbaden hörten vereinzelt Zustimmung, mussten aber überwiegend Kritik einstecken.

Als „Zerstörung von Infrastruktur“ brandmarkte Christiane Schababerle-Wagner die geplante Schließung der Bühler Geburtsklinik. Die Sprecherin des Aktionsbündnisses „s' Bühler Kind“, das in einer Online-Petition mehr als 4 000 Stimmen für den Erhalt gesammelt hatte, erklärte, Bühl sei regional die letzte familienfreundliche Klinik für Mütter, die nicht mit maximaler Medizin entbinden möchten. OB Hubert Schnurr, Mitglied im Aufsichtsrat, bescheinigte dem Personal der Geburtshilfe, eine gute Arbeit zu leisten, verwies

aber auch auf die „Fakten“: die Zahl von nur 400 Geburten pro Jahr: „Wenn alle Bühler Mütter in Bühl entbinden würden, hätten wir diese Diskussion nicht.“ Der Aufsichtsratsvorsitzende, Landrat Jürgen Bäuerle, stellte die rhetorische Frage: „Warum entscheiden sich 40 Prozent der Bühler Eltern für eine andere Klinik?“

Jürgen Jung, Geschäftsführer des Klinikums Mittelbaden, verwies darauf, dass die Geburtenraten in den Kliniken Baden-Baden und Rastatt in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen haben, während sie in Bühl trotz vielfältiger Bemühungen stagniere.

Professor Dr. Hans-Ulrich Ulmer von der Frauenklinik Baden-Baden/Bühl sagte: „Ich wehre mich dagegen, dass große Geburtskliniken stressig oder hässlich sein sollen.“ Die Patientensicherheit von Mutter und Kind sei ein viel wichtiger

Kriterium als die räumliche Entfernung zwischen Wohnung und Krankenhaus. Laufe etwas schief, weil Fristen von nur wenigen Minuten nicht eingehalten werden können, drohe dem Klinikum der Vorwurf eines Organisationsverschuldens, verbunden mit Schadensersatzforderungen von mehreren Millionen Euro, erklärte Ulmer. Jung ließ wissen, dass schon jetzt, wenn nicht alle Schichten besetzt werden können, die Bühler Geburtshilfe vorübergehend dichtgemacht werde. Dies sei zuletzt am Abend des 24. Juni der Fall gewesen.

Die Bühler SPD-Stadträtin Barbara Becker wollte von Jung wissen: „Was tun Sie, dass das ‚babyfreundliche Krankenhaus‘ aus Bühl in Baden-Baden implementiert wird?“ Jung erwiderte, dass der schwierige und langwierige Zertifizierungsprozess der WHO viel in-

Zum Thema

Höchste Kosten, geringste Erlöse

Bühl (jo) – Vor dem Hintergrund des geplanten organisatorischen Zusammenschlusses der Kliniken Baden-Baden und Bühl berichtete Martin Gscheidle-Münch, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft Baden-Württemberg, von einer Zentren-Bildung im gesamten Land. „Das ist der wirtschaftlichen Situation der Kliniken geschuldet.“ 44 Pro-

zent von ihnen verzeichnen laut Gscheidle-Münch ein negatives Jahresergebnis, 25 Prozent nur ein ausgeglichenes. „Das heißt, bei über 65 Prozent der Häuser haben wir ein relevantes Problem.“ Die wirtschaftliche Schräglage komme nicht von ungefähr: Die Krankenhäuser im Land müssten sich mit den zweitniedrigsten Fallerlösen bescheiden, erläuterte Gscheidle-Münch: „Wir haben die höchsten Kosten und nur die geringsten Erlöse.“



Christiane Schababerle-Wagner vom Aktionsbündnis „s' Bühler Kind.“

terne Überzeugungsarbeit erfordert habe. Man strebe diesen in Baden-Baden an; er warnte aber davor, etwas überstülpen zu wollen.

Becker äußerte außerdem die Sorge, dass die Schließung des Kreißsaals ein „Sterben auf Raten“ des Bühler Krankenhauses einläute und am Ende nur ein „besseres Altersheim“ übrigbleibe. Ihre CDU-Kollegin Margret Burget-Behm machte die gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Kliniksterben im Südwesten verantwortlich. Wenn weiterhin „auf Teufel komm raus“ rationalisiert werden müsse, sei auch in Bühl irgendwann dieser Punkt erreicht. Sie forderte dazu auf, wegen der Rahmenbedingungen „auf die Barrikaden zu gehen“. Jung gab ihr im Prinzip recht: „Das System frisst seine Kinder.“ Er kritisierte die Höhe der von oben verordneter Abrechnungssätzen, welche die Kliniken im Land benachteilige: „Diese neue Art der Planwirtschaft ist ein völlig falscher Ansatz.“

Eine junge Besucherin äu-

berte ihr Unverständnis darüber, dass einerseits über einen Ärztemangel geklagt werde, andererseits der Zugang zum Medizin-Studium unverändert erschwert werde. „Das Zulassungsverfahren ist ein Riesenproblem“, stimmte ihr Ulmer zu. Jung wünschte sich, dass „die Zahl der Studienplätze den zwischenzeitlich geänderten gesetzlichen Arbeitsbedingungen angepasst wird“, die eine größere Personalstärke erfordern.

Worin unterscheidet sich Bühl (400 Geburten 2015) von Rastatt (536), fragte die Hebamme Corinna Müller. Jung antwortete, das Potenzial eines weit größeren Einzugsgebiets biete in Rastatt noch Möglichkeiten nach oben. Außerdem sehe die dortige ärztliche Leitung (im Gegensatz zu Bühl) die Standards für die Sicherheit für Mutter und Kind als weiterhin erfüllt an.